

ma Debora
Gärtner
70 J. alt
6. Sept.
Jahre alt
Schwandorf
Witwe von
rentner von

52 J.
ohn, 75 J.

adförungen
s allerdings
Samstag ist
zeitweilig

feine
nur
fund
ellen
utter

die

lands

e

S

rite

erell.
auf
en.
e.
zu
schon

fen

h!

ags bei
agold

1250

erkauf
hnhoffu.

er am
Stutt
enden

weine

stürms

chrift

und zu
rätig

Zaiser

D.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen
„Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage
„Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Bezugspreise:

Monatlich einschließlich Trägerlohn A 1.60
Einzelnummer 10 S

Erscheint an jedem Werktag

Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold

Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. D. Saffer (Karl Saffer) Nagold

Anzeigenpreise:

Die einseitige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 S, Familien-Anzeigen 12 S, Reklame-Seite 45 S, Sammelanzeigen 50% Aufschlag. Nur das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gebühr übernommen.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postcheckkonto Stuttgart 5118

Nr. 240

Gründet 1887

Freitag, den 14. Oktober 1927

Fernsprecher Nr. 29

101. Jahrgang

Tagespiegel

Der Reichskanzler ist wieder in Berlin eingetroffen und gab ein Essen zu Ehren des Internationalen Arbeitsamts.

Der Hauptvorstand der Deutschen Volkspartei wird auf 21. November nach Braunschweig zur Beratung des Schulgesetzes einberufen.

Die litauische Regierung hat gegen die Ausweisung und sonstige Bedrückung von Litauern im Wilnaer Gebiet durch Polen beim Völkerbund Beschwerde erhoben.

Unlust am Börsenspiel

Seit mehreren Monaten bereits beobachtet man eine ausgesprochene Zurückhaltung des großen Publikums der kleineren und mittleren Kapitalgegnern gegenüber dem Markt der Börsenwerte, insbesondere dem Aktienmarkt. Nach wie vor besteht in Deutschland eine schwer empfundene Kapitalknappheit. Die Neubildung von Kapitalien aus unverbrauchten Einnommensüberschüssen und aus besonderen Produktionsgewinnen geht langsamer vor sich, als zu erwarten war. Das liegt teils an den hohen Steuern, teils auch an dem gestiegenen Aufwand, der sich sowohl aus der verminderten Kaufkraft des Geldes als auch aus den zahlreichen neuen Verbraucheransprüchen der Gegenwart — Auto, Radio, „Weekend“, Sportbetrieb in allen Formen, Modedebüt — herleitet. Jedenfalls genügt die Neuschaffung von freiem Kapital für Anlagezwecke dem heimischen Kapitalbedarf bei weitem nicht. Die Tatsache, daß das verfügbare Kapital dem Aktienwesen in ungenügendem Umfange zugeleitet wird, hat zunächst eine wirtschaftliche Ursache. Durch die Erfahrungen der Inflation belehrt, hat man allgemein geschäftlich praktischer denken gelernt. Der Kaufmann, der heute etwas Kapital erübrigt, steckt es am liebsten in den eigenen Betrieb; nur in flauerer Zeiten schafft er seine unbeschäftigten Gelder auf die Bank und die Sparkasse oder legt sie vorübergehend in Effekten an. Die Sparer, die nicht selbst Geschäftsleute sind, suchen heute doch, sobald ihnen größere Beträge zur Verfügung stehen, Möglichkeiten unmittelbarer geschäftlicher Anlage, wie etwa Beteiligungen an den Unternehmungen von Verwandten und Bekannten, um dabei eine Kontrolle über die Verwendung des Geldes ausüben zu können und höheren Gewinn zu erzielen als bei anderweitiger Anlage. Und so entsteht die Erscheinung, daß in einer Zeit der Konjunkturbelebung, wie gegenwärtig, das Interesse am einfachen Sparen oder an Effektenläufen sich vermindert, weil allenthalben gut beschäftigte Erwerbsbetriebe auf der Suche nach Geldern sind und dafür meist günstige Gewinne in Aussicht stellen. Das bezieht sich begreiflicherweise in allererster Linie und in ganz besonderem Maße auf die Dispositionen von Kapitalgegnern, die selber ein Geschäftsunternehmen besitzen. Man finanziert natürlich am liebsten sich selbst.

Andererseits kann man wohl fast von einer Vertrauenskrise des Aktienmarkts sprechen. Das große Publikum ist als Aktienkäufer unentbehrlich. Dennoch ist es von den Großbanken und Großaktionären im Lauf der letzten Jahre vielfach in einer nicht befriedigenden Weise behandelt worden. Die Folgen liegen nunmehr klar zutage. Warum hält sich der kleinere und mittlere Kapitalanleger vom Aktienmarkt zurück? Vor allem deshalb, weil seine Interessen keine angemessene Vertretung finden. Das große Wort in Aufsichtsräten und Generalversammlungen sprechen die Besitzer der Majoritätsaktienpakete, oft, wenn auch nicht immer, mit den Großbanken identisch. Der kleinere und mittlere Aktionär, der für sein Geld eine dauernde, solide, rentable Kapitalanlage sucht, verlangt eine Gesellschaftspolitik, die den gesunden Mittelweg zwischen Dividendenwünschen und Reserveverfälschung darstellt, und die dem Aktionär auch die Möglichkeit zur Beteiligung an Kapitalerhöhungen bietet. Von solcher Politik unterscheidet sich die Praxis nicht weniger Gesellschaften recht wesentlich. Enorme Vergütungen an Aufsichtsratsmitglieder, die in der Regel die Hauptaktionäre sind, verkürzen den Gewinnanteil der von Aufsichtsratsposten natürlich ausgeschlossenen Mittel- und Kleinaktionäre. Anderswo wiederum speichert man die Ueberschüsse, anstatt sie zu verteilen, übermäßig auf, was zwar der Großaktionär wohl als Vorteil für die Stärkung seines Besitzes verbuchen kann, was aber in die Rechnung der kleineren Anteilhaber ein böses Loch reißt, die zur Ergänzung ihres Einkommens den regelmäßigen Kapitalertrag ihrer Aktien nicht entbehren können. Ein ganz trübes Kapitel ist die Gestaltung der Bezugsrechte, die oft geradezu auf eine gestiften Umgehung und Schädigung der Kleinaktionäre hinausläuft. Der Unfug der Mehrstimm-Aktien ist zwar etwas abgeklaut; dafür aber hat man das nicht minder raffinierte System der Vorratsaktien ausgebaut, die im rechten Augenblick den rechten Emissionsgewinn immer schon der rechten Stelle zu sichern wissen. Völlends unbehaglich wird die Sache für den Klein- und Mittelaktionär, wenn zwei Gruppen rivalisierender Großaktionäre einander in die Haare geraten. Dann fragt überhaupt keine Stimme mehr nach den bescheidenen Leuten, die in den Aktien der betreffenden Gesellschaft sichere Anlage ihres Geldes suchen. Rücksichtslos werden dann Kursstürze auf und ab gemacht und alle möglichen Manöver mit Dividenden und Bezugsrechten vorgenommen, was

Polen unter amerikanischer Finanzaufsicht

Die polnische Anleihe in New York im Nennbetrag von 72 Millionen Dollar ist nach Verhandlungen, die drei Vierteljahr dauerten, zustande gekommen, aber unter Bedingungen, wie sie von Geldgebern selten einmal gestellt wurden und die für Polen außerst demütigend sind. Die Anleihe ist mit 7 v. H. zu verzinsen. Der Ausgabekurs beträgt 92 v. H. (die amerikanischen Bankiers wollten anfangs sogar nur 89 v. H. zugestehen), die Anleihe muß zu 103 v. H. zurückbezahlt werden; die Vergütung an die Banken beträgt 5 vom Tausend. Polen muß einen Vertreter der Banken in die Verwaltung der polnischen Staatsbank aufnehmen, der nicht nur die Geldverwaltung, sondern namentlich die Staatsausgaben, soweit sie aus der Anleihe bestritten werden, zu überwachen hat. Polen steht also fortan unter der Finanzaufsicht der amerikanischen Bankiers. Dem polnischen Staat wurde ferner vertraglich vorgeschrieben, wie er für die Tilgung zu sorgen habe. Die Zolleinnahmen sind den Banken verpfändet; es ist ein Abzahlungsgrundstock anzuzusammeln, in den zunächst 4 v. H. der Rückkaufsumme einzuzahlen sind; alle vier Jahre wachsen die Rückzahlungsraten um ein halbes Prozent, so daß also in 20 Jahren die Rückkaufsumme vollständig angeammelt wäre. Die weiteren Sicherungs- und Ueberwachungsmaßnahmen wurden nicht bekanntgegeben.

Polen erscheint also den amerikanischen Geldgebern — es handelt sich um die Finanzgruppe Blair u. Co. — nicht kreditwürdig, einerseits wegen der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage des Landes, andererseits aus politischen Gründen, denn mit Recht wird Polen als der Unruheherd in Osteuropa bezeichnet. Dem entsprechen die Bedingungen. Der polnische Nationalstolz hat also eine schwere Niederlage erlitten. Es würde wahrscheinlich leichtere Bedingungen erzielt haben, wenn es sich hätte angelegen sein lassen, zu Deutschland in bessere politische und wirtschaftliche Beziehungen zu kommen. Polens Widerstand z. B. gegen die berechtigten Forderungen Deutschlands bei den Verhandlungen über den Handelsvertrag haben die Amerikaner mit dem Verzicht von mehreren Prozent beim Ausgabekurs der Anleihe quittiert, Polen kann sich danach, wenn es den Ausgabekurs seiner neuen Anleihe mit dem Vergleich, zu dem andere Staaten Anleihen bekommen, fast genau bis auf den Dollar ausrechnen, was ihm sein gewöhnlicher Widerstand gegen Deutschland gekostet hat. Vermutlich ist sogar bei der Gewährung der Anleihe die Voraussetzung gemacht worden, daß Polen zuzusagen mußte, endlich mit Deutschland auf handelspolitischem Gebiet ins reine zu kommen.

dann nicht selten in einem Friedensschluß der „Großen“ endet, der in der Regel die „Kleinen“ völlig kaltstellt.

Kein Wunder, wenn das Publikum bei solchen Erscheinungen im deutschen Aktienwesen die Lust an Börsenwerten verliert. Man fühlt sich ja doch immer als der Letzte, „den die Hunde beißen“.

Neueste Nachrichten

Das Reichsschulgesez in den Reichsratsausschüssen

Berlin, 13. Okt. Die zweite Lesung des Reichsschulgesezes in den Ausschüssen des Reichsrats hat eine wesentliche Veränderung infolgedessen gebracht, als nicht nur die Abänderungsanträge der preussischen Regierung, sondern auch eine Reihe noch weiter gehender Anträge Sachsens und einiger kleinerer Länder angenommen worden sind. Es handelt sich hier bei vor allem um eine schärfere Fassung der Vorschriften, wonach die Gemeinschaftsschule als Regelschule gelten soll und ferner um die Streichung des kirchlichen Aufsichtsrechts über den Religionsunterricht. Angenommen wurde ferner ein radikaler Antrag Sachsens, daß die Gemeinschaftsschule erhöhten Schutz genießen solle, doch dürfte dieser Antrag in der Vollversammlung des Reichsrats am Freitag nicht durchdringen. Eine von den süddeutschen Ländern beabsichtigte Beantragung der Wiederherstellung der Regierungsvorlage hat nach Ansicht der Blätter keine Aussicht auf Annahme in der Vollversammlung. Man glaubt, daß eine Doppelvorlage dem Reichstag übergeben werde.

Die Frage des Finanzausgleichs

Berlin, 13. Okt. Der Reichsrat hat sich in seiner heutigen Sitzung mit den Abänderungsanträgen der Ländervertreter zum Finanzausgleichsgesetz beschäftigt. Preußen soll entschlossen sein, sich dem bayrischen Vorschlag, die Einkommensteueranteile der Länder von 75 auf 80 Prozent zu erhöhen, anzuschließen. Die Annahme des Antrags gilt als gesichert. Heute nachmittag fand in Gegenwart des Reichszanklers ein Ministerrat statt, der sich mit den Fragen der Befolungsreform beschäftigte.

Vom internationalen Arbeitsamt

Berlin, 13. Okt. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts hat beschlossen, die Tagesordnung von 1928 auf die zweite Beratung der Ermittlung der Mindestlöhne und auf die erste Beratung der Frage der Unfallversicherung zu beschränken.

Unterstützte Erwerbslose am 1. Oktober 1927

Berlin, 13. Okt. In der zweiten Septemberhälfte ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 303 000 auf 286 000 zurückgegangen, die der weiblichen von 78 000 auf 69 000. Die Gesamtzahl ist von 381 000 auf 355 000 zurückgegangen. Der Gesamtzuwachs beträgt also rund 26 000 gleich 6,8 v. H. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Familienangehörige) hat sich im gleichen Zeitraum von 426 000 auf 406 000 vermindert. Der Gesamtzuwachs in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im September beträgt rund 49 000 gleich 12,1 v. H. Ueber die Krisenfürsorge liegt eine neuere Zahl nicht vor.

Zu den Lohnforderungen im Ruhrbergbau

Essen, 13. Okt. Von bergdäulicher Seite wird mitgeteilt, daß die bisher geltende Lohnregelung frühestens am 1. April 1928 gekündigt werden könne. Die Ruhrzechen brauchten die bisher stets abgelehnte Preiserhöhung für Kohle um 7 1/2 v. H., um bei den bisherigen Bergarbeiterlöhnen ohne Verlust arbeiten zu können. Unter diesen Umständen könne von einer neuen Lohnherhöhung nicht die Rede sein.

Der nordisch-barbarische Parlamentarismus

Rom, 13. Okt. Die satirischen Blätter begrüßen die Eröffnung der Nationalversammlung, des „Antiparlamento“, als ein Verdienst Primo de Riveras um die Wiedergeburt der lateinischen Staaten und als ihre „Befreiung aus dem nordisch-barbarischen Parlamentarismus“. — Bis vor drei Jahren, als Mussolini Herr in Italien wurde, blühte aber dieser „barbarische“ Parlamentarismus von altersher nirgends mehr als in den „jüdisch-lateinischen“ Ländern!

Der amerikanische Arbeiterverband für die Zulassung von Bier

Los Angeles, 13. Okt. Auf dem Kongreß des amerikanischen Arbeiterverbands wurde unter lebhaftem Beifall eine Entschließung angenommen, in der die Wiederzulassung eines Gesundheitsbieres von 2,75 Prozent Alkoholgehalt gefordert wird.

Die Salomon-Inseln im Aufruhr

Sydney, 13. Okt. Nach den neuen Funkmeldungen befindet sich die ganze Eingeborenenbevölkerung der Salomon-Inseln in hellem Aufruhr. Die Inselaner sind durch die neu eingeführte Kopfsteuern empört und weigern sich, sie zu bezahlen. Die wenigen auf den Inseln lebenden Weißen sind schwer gefährdet. Die Polizei ist schwach und besteht nur aus Eingeborenen. Das australische Marinetransportschiff „Biloela“ wurde mit einer Ladung Stacheldraht nach den Inseln gesandt.

Beduinenüberfälle

Jerusalem, 13. Okt. Ein Beduinenstamm, der im Südteil von Französisch-Syrien ein Lager bezogen hat, unternimmt Streifzüge an der Grenze von Palästina, in deren Verlauf mehrere Dorfbewohner getötet oder verwundet wurden.

Württemberg

Beisetzung der Herzogin Philipp

Utthausen O.L. Saugau, 13. Okt. Am Dienstag nachmittag um 4 Uhr traf der Sarkophag mit der Leiche der Herzogin Maria Theresia, Witwe des Herzogs Philipp von Württemberg, von Tübingen hier ein. Der Sarg wurde unter Glockengeläute in die Kirche überführt unter Vorantritt des Erzabts von Beuron Dr. Walzer, Herzog Albrecht von Württemberg und die herzogliche Familie folgten ihm. Der Erzabt nahm die Einsegnung der Leiche vor. Umgeben von einer Ehrenwache ruhte die Verstorbene bis zu ihrer Beisetzung in der Kirche. Die Beisetzung in der Familienkapelle unter der Schloßkirche fand am Mittwoch nachm. 3 Uhr statt. Unter dem Trauergefolge bemerkte man neben der herzoglichen Familie, den Herzögen Albrecht, Robert, Ulrich, Philipp Albrecht, Albrecht Eugen, Pafer Odo, Herzogin Maria und Margarete, den Stellvertreter der Königin Charlotte von Württemberg, die in Böhmen weilt, Herzog, Herzogin und Prinzessin von Calabrien, die Fürsten von Quadt-Isny, Waldburg-Wolfegg, Waldburg-Zeil, die Grafen von Neuchberg, Waldburg-Hohenheim, Königsegg-Aulendorf, Reipperg-Schwägeren, sämtliche mit ihren Gemahlinnen. Nach der Einsegnung der Leiche durch Bischof Dr. Sproll bewachte sich der Leichenwagen über den Schloßplatz, wo die herzoglichen Beamten, die Schulen und die Ortsvereine Spalier standen, zur Grube. Der Sarg wurde von vier Förkern und sechs Lakaien getragen. Unter den zahlreichen Kränzen befand sich auch ein Kranz Kaiser Wilhelms II. und seiner Gemahlin, ferner des Großherzogs von Baden und der Prinzessin Jo-

hanna von Hohenzollern. Auch die Stadt Friedrichshafen war durch eine Abordnung vertreten.

Stuttgart, 13. Oktober.

Arbeitsmarktlage. Gegenüber der Vorwoche hat sich die Arbeitsmarktlage im Arbeitsnachweisbezirk Stuttgart wenig geändert. Am 4. Oktober waren im Arbeitsnachweisbezirk Stuttgart 929 und am 11. Oktober 891 Arbeitslosenunterstützungsempfänger vorhanden. In der Krisenunterstützung standen am 4. Okt. 1927 771 und am 11. Okt. 723 Personen.

Erstellung einer neuen Handelsschule. Die Stadtverwaltung hat für die Erstellung einer neuen Handelsschule das ausgedehnte Grundstück der Farbenfabriken von Siegler u. Cie. an der Kotebühl- und Hasenbergstraße käuflich erworben. Für die Ueberbauung des Platzes sind zwei Bauperioden vorgesehen. Die Mädchenhandelsschule soll bis Frühjahr 1929, die Knabenhandelsschule im Jahr 1930 fertiggestellt sein. Eine spätere Erweiterung der Schule soll ermöglicht werden.

Durchsuchung bei kommunistischen Funktionären. Vom Polizeipräsidenten wird mitgeteilt: In letzter Zeit sind von kommunistischer Seite in Stuttgart Druckschriften verbreitet worden, die zur Aufwiegelung der Schutzpolizei und Reichswehr bestimmt sind. Zur Ermittlung der Verbreiter haben auf Grund eines Beschlagnahmebefehles des Amtsgerichts Berlin-Mitte Durchsuchungen in den kommunistischen Parteilokalen und bei 14 kommunistischen Funktionären stattgefunden. In der Wohnung einer kommunistischen Parteiangehörigen in Boianng wurde ein Paket mit derartigen Verleumdungsschriften in einem Versteck vorgefunden. Die kommunistische Parteiangehörige und ihre Mutter, die das Paket versteckt hatte, wurden wegen dringenden Verdachts eines Vergehens der Vorbereitung zum Hochverrat festgenommen und nach ihrer polizeilichen Vernehmung dem Amtsgericht Stuttgart I vorgeführt. Dieses hat gegen die Parteiangehörige Haftbefehl erlassen. Die Mutter ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Gefährliche Funde - 15 Kinder leicht verletzt. Bei der Reinigung des Kanals zwischen Gaisburg und Berg kamen Revolver, Munition und Handgranatenkapseln, die vermutlich während der Revolutionszeit hineingeworfen worden waren, zum Vorschein. Schulfinder der Gaisburger Schule beschäftigten sich während der Pause mit den dort gefundenen Handgranatenkapseln. Ein siebenjähriger Knabe legte eine auf einen Stein; ein anderer Knabe schlug auf die Handgranatenkapsel, so daß diese explodierte, wobei 15 Kinder Verletzungen erlitten. Die Verletzungen, bei denen es sich hauptsächlich um eingedrungene Splitter in Füße, Hände und Gesicht handelt, sind erfreulicherweise durchweg leichter Natur. Dem sofortigen Eingreifen des Kriminaloberwachmeisters Scheuing ist es zu danken, daß den Kindern sofort etwa 120 Handgranatenkapseln abgenommen wurden.

Verhaftete Einbrecher. Heute vormittag wurden in der Schulstraße zwei von auswärts zugereiste zwanzigjährige Burschen, die in München und in den letzten Tagen hier schwere Einbrüche verübt hatten, festgenommen. Der eine flüchtete und gelangte durch ein Treppenhaus in der Schulstraße auf ein Dach, von dort aus in einen Abort, wo er sich einschloß. Seine Festnahme konnte erst nach Abgabe einiger Schreckschüsse erfolgen. Der Bursche war mit einer scharf geladenen Pistole bewaffnet. Die beiden Einbrecher hatten sich in der Strafanstalt kennengelernt.

Aus dem Lande

Feuerbach, 13. Okt. Großfeuer. Gestern Abend brach in der C. F. Roser'schen Lederfabrik hier wieder ein Brand aus. Beim Anrücken der Feuerwehr stand das Anwesen in hellen Flammen. Der durch das Feuer wie das Wasser angerichtete Schaden ist sehr groß. Die Entstehungsurache ist noch unbekannt. Der Betrieb erleidet keine Unterbrechung.

Bönnigheim O. B. Besigheim, 13. Okt. Neue Quellen. Der Wünschebrutengänger Studienrat Knödler-Heibronn hat in zweitägiger Arbeit sechs Quellen im Wasserleitungsquellgebiet festgestellt, von denen vier in unmittelbarer Nähe der gefassten Quelle vorbeilaufen. Es wurde einige Kilometer weit die Richtung und annähernde Tiefe dieser Quellen festgestellt.

Gmünd, 13. Okt. Verbandstagung der gemeinnützigen Bauvereine. Der Verband der gemeinnützigen Bauvereine e. V., Sitz in Stuttgart, der zurzeit 96 gemeinnützige Bauvereinigungen und 27 Gemeinden umfaßt, hält am 22. und 23. Oktober hier im Festsaal des Stadtgartens seinen 18. ordentlichen Verbandstag ab. Am Samstag, den 22. Oktober, soll neben internen Verbandsangelegenheiten auch eingehend über die Finanzierung des Wohnungsbaus für 1928 gesprochen werden. Der Sonntag ist hauptsächlich mit Besichtigungen der Gmünder Siedlungen ausgefüllt. In Anbetracht der außerordentlichen Dringlichkeit der Schaffung von Kleinsiedlungen für Minderbemittelte wird mit einer zahlreichen Beteiligung der maßgebenden Organisationen und Behörden gerechnet.

Friedrichshafen, 13. Oktober. Schwäne auf dem Bodensee. In den letzten Tagen waren auf dem Bodensee bei Friedrichshafen wilde Schwäne zu sehen. Sie schwammen an den Ufermauern entlang, bald zu sechs, bald zu zehn, und ließen sich füttern. Stolz segelten sie daher, richteten die Flügel auf oder pükten ihr Gefieder. In der Anheftung legten sie einen ihrer Ruderfüße schräg nach hinten gegen den Schwanz. Man sagt, daß sie von Rheineck herüberkommen und auf dem ganzen Bodensee umherziehen. Bei der strahlend hellen Herbstsonne boten die herrlichen Vögel auf dem tiefblauen Wasser einen wundervollen Anblick, an dem sich zahlreiche Menschen erfreuten. In Rheineck, wo sie nisten und brüten, sehen sie unter Schutz. Jeder, der die Schwäne zu sehen bekommt, wird dafür dankbar sein.

Schwenningen, 13. Okt. Tödlicher Zusammenstoß. Der Motorradfahrer Bruno Hirt, Mechaniker von Niedereschach, stieß abends auf der Fahrt nach Mühlhausen auf einen Lastkraftwagen auf, er erlitt schwere Verletzungen, denen er noch in der gleichen Nacht erlag. Sein Mitfahrer kam mit leichteren Verletzungen davon.

Laupheim, 13. Okt. Unfall. Auf unerklärliche Weise löste sich an einem Hause der Kapellenstraße das äußere Gefsim eines Kreuzstods und schlug beim Fallen dem vierjährigen Söhnchen des Herrn Alt in Stetten den rechten Oberarm ab.

Buchau, 13. Okt. Verbrüht. Am Montag Abend wollte die Ehefrau des Rotenführers Maier mit ihrer 15 J. a. Tochter heißes Wasser aus dem Haus tragen. Wohl infolge eines Fehltritts glitt das Mädchen aus und hat sich auf diese Weise am ganzen Unterkörper schwer verbrüht.

Aus Stadt und Land

Magold, 14. Oktober 1927.

Die tiefste Freundschaft liegt nicht im lärmvollen Lüg, sondern im Berstehen einer schweigenden Ruhe. Wer wortlos neben dem Freund sein kann, durchbringt dessen Wesen und geht durch seine Anteilnahme wieder reich beschenkt weiter.

*

Sch kann nicht

Nicht Ohnmachtsgefühl liegt in diesem Worte, sondern eine gewisse Trägheit und Weichlichkeit. Ich kann nicht! Die drei unscheinbaren Worte, müßten wir sie nicht ganz aus unserem Leben bannen? Welch ein erniedrigendes Geständnis schließen sie in sich ein und welches Zeugnis geben sie dem, der sie ausspricht!

Leber sind es ihrer so viele, die bei jeder Gelegenheit zu ihnen Zuflucht nehmen, wenn an sie das Anstinnen zu einer körperlichen oder geistigen Leistung gestellt wird, ohne daß sie oftmals nur einen Versuch gemacht haben. Bei anderen bleibt es bei dem ersten Versuch und ein erstes Mißlingen, die geringste Schwierigkeit, läßt sie verzagt die Flinte ins Korn werfen.

Ich kann nicht! Dieses Nichtkönnen ist in den meisten Fällen gleichbedeutend mit Nichtwollen. Sollen wir denn als denkende Menschen hinter den Tieren zurückbleiben? Zerstört man einer Spinne hundertmal das Netz, sie wird es immer wieder erneuern. Sie sagt nicht: ich kann nicht. Der Instinkt, der Selbsterhaltungstrieb zwingt sie dazu. Sie muß sich die Vorbedingungen zum Leben schaffen, da auch ihr die Beute nicht von selber zuläuft. Auch der Mensch kann alles, was das Leben und die Verhältnisse von ihm verlangen, wenn er nur will.

Am besten zeigt dies sich, wenn das gebieterische „Muß“ an uns herantritt und dem „Ich kann nicht“ einen Riegel vorschiebt. Hinterher staunen wir selbst darüber, was wir alles „gemannt“ haben. Ist es nicht besser von vornherein aus eigenem Willen die Schwierigkeiten zu bewältigen, ehe sich die Notwendigkeit eines „Muß“ dazugesellt? Was ich will, kann ich auch und ich will, was ich kann! Das sollen wir anstreben und als Erwachsene den Kindern darin ein gutes Vorbild sein, damit ihnen von Jugend auf das „Ich kann nicht“ ein unbekannter Begriff bleibe.

*

Dienstnachrichten

Der Herr Staatspräsident hat das evangelische Bezirkschulamt Magold dem Studienrat Knödler an Lehrereinar in Magold mit der Amtsbezeichnung „Schulrat“ übertragen, weiterhin eine Studienratstelle an der Realschule in Bönnigheim dem Studienassessor Adolf Maiz an der Realschule in Heibronn, an der Mädchenrealschule in Hall dem Studienassessor Dr. Gustav Pfeiffer an dem Realprogymnasium und der Realschule in Freudenstadt, an der Mädchenrealschule in Ulm dem Studienassessor Paul Brunner an dem Realprogymnasium und der Realschule in Freudenstadt und je eine Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in Böfingen O. A. Magold dem Lehrer Adolf Müller dabeist, Reutken O. A. Herrenberg dem Lehrer Heinrich Vollmer (Magold) dabeist übertragen.

Von der Eisenbahn

Wie uns mitgeteilt wird, fällt von Montag, den 17. ds. Mts. der im Fahrplan verzeichnete Lokzug Hochdorf ab 6.59. Gmündingen ab 7.07, Jfeshausen ab 7.13, Magold an 7.18 bis auf weiteres aus.

Auf der Strecke Magold-Altensteig ist nunmehr auch eine Ergrungenschaft der „Nezeit“ freudig zu buchen, alldieweil die Petroleumbeleuchtung durch Gas ersetzt worden ist. Der Anfang zu einer Normalbahn ist also gemacht und vielleicht dürfen wir die Verlegung von der Straße auch noch einmal erleben!

Markttag in Magold

Der Markttag ist vorüber und so manche Hoffnungen der Geschäftsleute mögen nicht in Erfüllung gegangen sein. Zwar hatte der sonst obligatorische Markt-Regen gestern ausgehört, doch das beste Wetter kann dem Marktleben nicht die richtige und notwendige Lebhaftigkeit verleihen, wenn das gesunde Fundament, das liebe Geld, fehlt. Der Auftrieb auf dem Viehmarkt war nicht schlecht, dafür aber die Preise umso gedrückter und dementsprechend der Verkauf ein geringer. Viele Bauerleute, die mit dem Absatz ihres Viehes gerechnet hatten, mußten es wieder mit heim nehmen, weil sie es zu dem gebotenen Preis nicht veräußern konnten (i. Ganbestell). Dieser Umstand wirkte sich selbstverständlich auf die Kauflust der an und für sich nicht geringen Marktbesucherzahl aus. Dazu kommt noch die Tatsache, daß die Hopfenbauern den größten Teil ihres Hopfens des geringen Preises wegen noch nicht abgesetzt haben oder noch nicht in Besitz ihres Geldes sind. In einem Wort also, eine Wirtschaftslage, die nicht allzu große Hoffnungen macht. Die Marktwaren waren in der üblichen Anzahl vertreten; ob sie nun Geschäfte gemacht haben, das wird noch sehr zu bezweifeln sein. Einige wenige hatten es allerdings verstanden, teils durch Originalität aber teils auch durch ihre ganz schmutzigen Zoten anziehend zu wirken und merkwürdig, der, der die schmutzigsten Wiße machte, daß sogar ein hartgeottener Sänder bis in die Haarpißten rot werden mußte, um den drängten sich die Menschen und der hatte oft kaum Hände genug, um seine Käufer zu befriedigen. Der größte Teil des Publikums aber hat nun heute doch eine andere Einstellung wie ehedem; wenn es etwas braucht, dann geht es möglichst zum einheimischen Geschäftsmann, den es kennt und bei dem es mit guter Ware zum normalen Preise bedient wird. Ist der Jakob auch billiger, aber... einige Zeit hinterher werden die stolzen Käufer ob ihres Erwerbs die Augen ausmachen und werden erkennen müssen, wie sie angeschmiert wurden. Wann wird man diesem überlebten Erwerbszweig endlich und endgültig den Grabstein setzen? - Wer sich dann an dem Markttrubel satt gesehen hatte, der ging, um bei Knöchle, Ripple und neuem Sauertraut dazu mit einem guten Bierl resp. deren mehrere etwas Vorkibe zu feiern und so die ganz Ausdauernden werden auf diese Weise in der hellen Nacht mit einem unsichtbaren Markttromet den Heimweg gesucht haben.

*

Keine Aufhebung der Nachgebühr bei ungenügender Freimachung. Das Reichspostministerium teilt zu den Anregungen auf Befall der Nachgebühr, die für unzureichend freigemachte Briefsendungen erhoben wird, mit: Die Frage der Nachgebühren ist durch den Weltpostvertrag für sämtliche Länder des Weltpostvereins bindend geregelt. Hier nach ist für nicht oder unzureichend freigemachte Briefsendungen eine über den einfachen Fehlbetrag hinausgehende Nachgebühr zu erheben. Die Deutsche Reichspost ist daher rechtlich nicht in der Lage, eine von dieser Bestimmung des Weltpostvertrags abweichende Regelung der Nachgebührenfrage selbstständig zu treffen.

ep. Rationalisierung der Sozialpolitik. Es ist bekanntlich eine bedauerliche Folge der Rationalisierung in der Wirtschaft, daß Angestellte und Arbeiter, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, oft nur unter größten Schwierigkeiten sich noch eine Stellung erhalten können. Viele aber, die in ihrer Leistungsfähigkeit so weit beschränkt sind, daß sie den Anforderungen des allgemeinen Arbeitsmarktes nicht mehr genügen können, dabei aber doch nicht Invalide im Sinn des Gesetzes sind, haben keine Ansprüche auf Renten. Oft ergeben sich für die Betroffenen auch daraus besondere Schwierigkeiten, daß verschiedene Stellen der Sozialversicherung über die Arbeitsfähigkeit oder Arbeitsunfähigkeit widersprechende Urteile abgeben. Der Wille der Arbeitsämter, diesen Notleidenden zu helfen, scheitert daran, daß es einfach unmöglich ist, Arbeitsbeschränkte in größerem Umfang unterzubringen. Angesichts dieser Zustände ist es verständlich, wenn heute von erfahrenen Praktikern der Sozialhygiene die Forderung nach einer Reform auch des Aufbaues der Sozialversicherung und der Sozialpolitik erhoben wird. Sie fordern eine Revision für den Begriff der Invaldität, nicht Steigerung der sozialpolitischen Lasten, aber Anpassung der Versicherungen an die veränderte Wirtschaftslage durch Vereinfachung der sozialen Fürsorge, ihre Befreiung von überflüssiger Bürokratie und stärkere Arbeitsgemeinschaft der sozialen Fürsorgestellen. Der Leitgedanke dieser Anregungen wird von einer führenden Berliner Zeitung in die Worte gefaßt: „Rationalisierung der Wirtschaft verpflichtet! Erhöhte Produktion ist nur möglich mit erhöhter Sozialpolitik, rationalisierte Güterwirtschaft ist unmöglich ohne rationalisierte Menschenökonomie.“

*

Calw, 13. Okt. Auszeichnung. Betriebswerksvorstand Gottfried Barth in Calw erhielt vom Büro des Reichspräsidenten in Würdigung seiner 40jährigen Dienstzeit bei der Reichsbahn ein ehrendes Anerkennungs schreiben. - Von der Verkehrslinie Calw-Herrenberg. Eine notwendig werdende Fahrplenumstellung der Autolinie Calw-Herrenberg gab Veranlassung zu einer Besprechung in Stammheim zwischen den Vertretern der beteiligten Gemeinden. Das Betriebsergebnis des letzten Monats wurde bekannt gegeben und als befriedigend bezeichnet. Den größten Raum der Besprechungen nahm eine notwendig gewordene Fahrpländerung ein. Der neue Fahrplan soll ab 15. Oktober in Kraft treten. Von dem neuen Fahrplan wird vor allen Dingen eine bessere Rentabilität der Linie erhofft und diesem Umstand wurde bei den Beratungen weitgehendste Rechnung getragen unter Hintanstellung persönlicher Einzelwünsche. - Das Fackeln. Getreu der alten Ueberlieferung begann gestern am Abend des Herbstmarktes das Fackeln in unserer Stadt. Auch heuer wieder ist die Jugend mit ganzer Begeisterung dabei, den alten Brauch - man führt ihn auf die zweimalige Zerstörung der Stadt durch die Brandfackel des Krieges zurück - zu üben. Feuer lohten auf dem hohen Felsen wie auf dem Brühl und gaben magischen Schein. Das Fackeln wird bis Samstag allabendlich durchgeführt.

Entringen, O. A. Herrenberg, 13. Okt. Tödlicher Sturz. Der älteste Sohn des früheren Straßenwärters A. Fleck ist am Montag Abend in der Scheuer beim Altwersfen eines Strohbündels abgestürzt. In die Klinik verbracht, starb er im Lauf der Nacht.

Letzte Nachrichten

Die Strafrechtsreform vor dem Reichstagsauschuß

Berlin, 14. Okt. Im Strafrechtsauschuß des Reichstages hielt es gestern der zweite medizinische Sachverständige, Prof. Dr. Kramer für empfehlenswert, die Minderjährigen zwischen 18 und 21 Jahren einer besonderen strafrechtlichen Regelung zu unterstellen. Der Berliner Jugendrichter, Landgerichtsdirektor Franke, nahm denselben Standpunkt ein. Die Heraushebung der Altersgrenze von 14 auf 16 Jahre für die Strafmündigkeit hielten beide Sachverständige nicht für notwendig.

Eine Verwahnungsverordnung des Bozener Präsektens

Innsbruck, 14. Okt. Der Präsekt von Bozen hat eine Verfügung erlassen, durch die die letzten noch sichtbaren Ausprägungen des deutschen Sprachgebrauches in Südtirol verboten werden. Ab 1. Oktober darf in den Volksschulen nur noch in italienischer Sprache unterrichtet werden. Sämtliche Bekanntmachungen, Anzeigen, Schilder und Aufschriften müssen ausschließlich in der offiziellen Sprache abgefaßt sein. Diese Verordnung bezieht sich sogar auf eingravierte oder eingestricke Aufschriften auf Tischlächern, Bestecken, Gläsern, Tassen und sonstigen Gebrauchsgegenständen in Restaurationen, Cafes und Gasthöfen. Während jedoch die Frist für den Aufbrauch dieser Gegenstände bis zum 30. November 1929 läuft, ist die Frist für die Entfernung der deutschsprachigen Aufschriften bereits auf den 30. November d. J. angesetzt worden. Von dieser Verordnung sind vorläufig nur sechs Gemeinden ausgenommen. In dem ganzen übrigen Südtirol verjährt aber nunmehr jedes deutsche Wort aus den Straßen.

Der Hauptvertrag der polnischen Amerika-Anleihe unterzeichnet

Warschau, 14. Okt. Am Donnerstag Nachmittag wurde der Vertrag über die Einzeldurchführung der Anleihe unterschrieben. Weiter sollen noch unterschrieben werden der Vertrag über die Liquidierung der kurzfristigen 15 Millionen-Anleihe vom Juni d. J. und der Vertrag, der die Beteiligung der polnischen Banken an der Emission der Anleihe in Höhe von 1 Million Dollar betrifft. Die amerikanischen Unterhändler Romet und Fisher werden Freitag früh von Warschau abreisen.

Der polnische Bloth, der gegenwärtig einen Kurs von 8,9141 Bloth für den Dollar hat, soll im Zusammenhang mit der Amerika-Anleihe auf einer Höhe von 9 Bloth für einen amerikanischen Dollar stabilisiert werden.

Moskau teilt Paris die Abberufung Rakowskis mit

Paris, 14. Okt. Am Quai d'Orsay ist gestern eine Note aus Moskau eingelaufen, die besagt, daß die Sowjetregierung Rakowski abberufen werde. Zum neuen Votschafter anstelle Rakowskis schlägt die Moskauer Regierung den bisherigen Votschafter in Tokio, Dowgalewski vor, der früher Kommissar für Post und Telegraphen war.